



## **Resolution**

### *"Nukleare Abrüstung"*

Die Kommission für Abrüstung und internationale Sicherheit,

überzeugt, dass die Weitergabe nuklearen Materials an andere Staaten und Organisationen zu militärischen Zwecken als zentralstes Problem der internationalen Sicherheit anzusehen ist,

in neuerlicher Anerkennung aller offiziellen Atomkräfte und ihrer Wichtigkeit für die internationale Stabilität,

unter Hinweis auf die Abrüstungsverträge SALT-I, SALT-II, INF, START-I, START-II, SORT sowie auf die kernwaffenfreien Zonen in Lateinamerika (Vertrag von Tlatelolco), in Südostasien (Vertrag von Bangkok), in Afrika (Vertrag von Pelindaba), im Südpazifik (Vertrag von Rarotonga), in Nordeuropa und im Balkan, wie auch in der Antarktis,

ingedenk dessen, dass auf Basis dieser Verträge die Südhalbkugel bereits atomwaffenfrei ist, die westlichen Atomkräfte im NVV kernwaffenfreie Zonen befürworten und sich des Weiteren verpflichten Verhandlungen über nukleare Abrüstung zu führen (Artikel VI), sowie Nichtkernwaffenstaaten auf den Erwerb von Atomwaffen verzichten (Artikel II),

feststellend, dass die Vertragsmitgliedsstaaten mit diesen Übereinkünften die Wichtigkeit nuklearer Rüstungskontrolle verstehen und somit ihre Bereitschaft verkündet haben die Welt nach und nach von Kernwaffen zu befreien; insbesondere vor dem Hintergrund die bestehenden kernwaffenfreien Zonen auf die Nordhalbkugel auszuweiten,

erfreut über diese Bereitschaft und hoffend auf ein baldiges Inkrafttreten neuer Verträge in Richtung totaler nuklearer Abrüstung,

mahnend, dass diese Bereitschaft bestehen bleiben muss und dass bereits bestehende Verträge, mit Hilfe von vertrauensbildenden Maßnahmen, wie Transparenz und Kommunikation, und Bereitschaft der Staaten die Übereinkommen wertzuschätzen, einzuhalten und zu fördern, eingehalten werden müssen,

aufzeigend, dass mit zunehmender nuklearer Abrüstung das Bedrohungspotenzial seitens Terroristen erheblich sinken würde, da dies den Zugang zu radioaktivem Material erschweren würde und somit die ernstzunehmende Möglichkeit eines

Nuklearanschlag von nichtstaatlichen Akteuren erheblich unwahrscheinlicher würde,

bestürzt über die getroffene Entscheidung der George-W.-Bush-Regierung den ABM Vertrag zu kündigen und die russische Reaktion den START-II Vertrag zu kündigen,

die Aufnahme neuer Verhandlungen über den New-START Vertrag zwischen Russland und den Vereinigten Staaten von Amerika um neue Anstöße in Richtung nuklearwaffenfreie Welt zu geben umso mehr befürwortend,

in Erinnerung rufend, dass die Vereinten Nationen auch mit dem ausdrücklichen Ziel „die Menschen von der Geißel des Krieges zu befreien“ gegründet wurden,

in Gedenken an die Opfer, die Atomwaffen bereits gefordert haben,

1. fordert, dass eine unabhängige, bei der IAEA angesiedelte Kontrollkommission alle Atomtechnologie-nutzenden Staaten registriert und kontrolliert, Umfang, Sicherung und Verwendung dieser Technologie feststellt, sowie die Abrüstung aller Nuklearwaffen überwacht, die sich im Besitz von Nichtatomwaffenmächten befinden;
2. schlägt vor einen Nicht-Erstschlags-Vertrag für alle Länder der UN aufzusetzen, welcher den ratifizierenden Ländern einen nuklearen Erstschlag verbietet und darüber hinaus eine Demontage aller Sprengköpfe von luft-, see- und landgestützten Raketen vorsieht,
3. bekräftigt den Nicht-Verbreitungs-Vertrag und fordert alle Länder der UN auf diesem beizutreten und seine Regeln zu achten;
4. erinnert an die Verpflichtung der Atomwaffenmächte in regelmäßigen Intervallen über Abrüstungsstrategien zu verhandeln;
5. fordert das Einstellen des Testens von Kernwaffen, also den Abbruch des Unternehmens die Kernwaffen qualitativ zu verbessern, wie auch auf eine quantitative Überlegenheit gegenüber potentiellen Gegnern zu verzichten;
6. fordert die höchstgerüsteten Atomwaffenmächte USA und Russland auf alle Nuklearwaffen bis 2020 auf der Basis neuer Verträge, die auch eine Staffelung der Abrüstung bis zum angegebenen Zeitpunkt vorsehen, so weit zu vernichten, dass sie zusammen nicht mehr als die Hälfte aller Atomwaffen diese Welt besitzen;
7. begrüßt einen verbindlichen Stopp der nuklearen Aufrüstung für alle übrigen Atomstaaten bis zum Jahr 2020;
8. legt nahe atomwaffenfreie Zonen in Europa (außer Großbritannien und Frankreich), Ostasien (Myanmar bis Vietnam) und im Nahen Osten (zwischen Israel, Pakistan und Indien) zu gründen;

9. erinnert, dass das Ziel allerdings die komplette Abrüstung ist und daher für nach 2020 im Rahmen der vorher genannten Konferenzen ein Abrüstungszeitplan festgelegt werden muss;
10. fordert die Einrichtung eines internationalen Standards für die Aufbewahrung von atomwaffenfähigem Material, welcher von einem internationalen Gremium kontrolliert wird;
11. fordert die USA auf zum Zweck der Abrüstung des russischen Atomwaffenarsenals ausreichende Kredite bereitzustellen, die in dem Fall durch Kredite seitens Frankreichs und Chinas und anderer Staaten ergänzt werden können;
12. beschließt mit dem Thema weiterhin befasst zu bleiben.